



**nccr →  
on the move**

National Center of Competence in Research –  
The Migration-Mobility Nexus

[nccr-onthemove.ch](http://nccr-onthemove.ch)

**Giuliano Bonoli, Flavia Fossati,  
Mia Gandenberger, Carlo Knotz**

---

**Wie soll Solidarität während  
der Coronakrise aussehen?**

**kurz und bündig #17, Mai 2020**



SWISS NATIONAL SCIENCE FOUNDATION

The National Centres of Competence in Research (NCCR)  
are a research instrument of the Swiss National Science Foundation

## Botschaften für die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger

**Die Befragten sind grossmehrheitlich mit der Idee einverstanden, in diesen schwierigen Zeiten Finanzhilfen auszurichten.**

**Sie sind jedoch auch der Meinung, dass diese Hilfe nicht bedingungslos sein sollte und diejenigen bevorzugen sollte, die sie am dringendsten benötigen und die einen gesellschaftlichen Beitrag geleistet haben – sei es in Form von Sozialabgaben oder Freiwilligenarbeit.**

**Finanzhilfen in Form von Darlehen werden gegenüber nicht rückzahlbaren Geldleistungen bevorzugt.**

---

### Was ist gemeint mit...

#### ...Befragungsexperiment

Es handelt sich um einen Ansatz, mit dem Meinungen zu sensiblen Themen eingeholt werden; bei denen ein erhöhtes Risiko besteht, nur «gesellschaftlich erwünschte» Antworten zu erhalten. Anstatt direkte Fragen zu stellen, werden den Befragten fiktive Personenprofile vorgelegt, die sich hinsichtlich verschiedener Faktoren unterscheiden (Alter, Geschlecht, Nationalität, Beruf, Anzahl Kinder, Situation der/des Partner\*in, ehrenamtliche Tätigkeit). Auf diese Weise ist es für die befragte Person schwierig zu erkennen, welche Faktoren verglichen werden sollen.

#### ...Solidarität

Der Begriff «Solidarität» kann als Bereitschaft definiert werden, anderen innerhalb eines durch freiwillige gemeinschaftliche Regeln strukturierten Rahmens zu helfen. Sie unterscheidet sich somit vom Altruismus, der zwar ebenfalls Ausdruck von Hilfsbereitschaft ist, allerdings auf rein individueller Ebene. Heutzutage wird Solidarität im Wesentlichen durch die Strukturen des Sozialstaates sichtbar.

**Wie sollten diejenigen, die während der Coronakrise durch die Maschen des Sozialsystems fallen, finanziell unterstützt werden? Im April und Mai 2020 haben wir dazu in der Deutsch- und Westschweiz eine hinsichtlich Alter, Geschlecht und Bildungsniveau repräsentative Gruppe von 1535 Personen befragt. Wir haben ihre Meinungen erhoben zu staatlichen Hilfeleistungen für Personen, die kaum oder gar keinen Schutz des Sozialstaates geniessen und daher stark von der Krise betroffen sind, wie etwa Kleinunternehmer\*innen oder schwarz arbeitende Personen.**

Nach einigen Wochen Lockdown werden die gesellschaftlichen Folgen des plötzlichen Stillstands der meisten Wirtschaftsbereiche im Land sichtbar. Ende April 2020 war die Schweiz schockiert angesichts der Tatsache, dass Tausende von Genfer\*innen stundenlang ausharrten, um Lebensmittel im Wert von 20 Franken zu erhalten. In politischen Kreisen und in den Medien wurde viel darüber diskutiert, wie sich diese Krise auf die Solidarität auswirkt. Wird diese ausserordentliche Lage zu einer grösseren Solidarität gegenüber den Bedürftigsten führen?

Die Schweiz verfügt über ein soziales Sicherheitsnetz, das die Bevölkerung in normalen Zeiten relativ gut vor wirtschaftlichen Unwägbarkeiten schützt. Doch die Coronakrise hat Bevölkerungsgruppen in Not gebracht, die durch den Sozialstaat kaum oder gar nicht abgesichert sind: Selbstständigerwerbende, Eltern, die nicht mehr arbeiten können, weil sie sich um ihre Kinder kümmern müssen; Erwerbstätige in prekären Arbeitsverhältnissen, die sich sonst mit mehreren kleinen Tätigkeiten über Wasser halten, jedoch nicht genug arbeiten, um ein Anrecht auf staatliche Unterstützung zu haben; sowie nicht angemeldete Erwerbstätige. Es sind vor allem diese Personen, die nun ein erhöhtes Armutsrisiko aufweisen. Der Bundesrat hat Massnahmen ergriffen, um einem Teil der Betroffenen zu helfen.

Diese Situation ist beispiellos, doch die Geschichte der Sozialpolitik lehrt uns, dass sich die Gesellschaft jedes Mal dieselben Fragen stellt, wenn Menschen geholfen werden muss: Wem muss zuerst geholfen werden? Wie kann diesen Menschen geholfen werden? Wie können wir uns vor Profiteur\*innen schützen? Die Antworten auf diese Fragen definieren den Grad an gelebter Solidarität innerhalb der Gesellschaft.

Um diesen Antworten auf die Spur zu kommen, haben wir zwischen dem 22. April und dem 4. Mai 2020 1535 Personen befragt. Es handelte sich um eine

hinsichtlich Alter, Geschlecht und Bildungsniveau repräsentative Stichprobe von in der Deutsch- und Westschweiz wohnhaften Personen. Fast einhellig bejaht wurde die Idee, Kleinunternehmer\*innen zu unterstützen. Lediglich zwei Prozent der Befragten waren der Meinung, dass gar keine Hilfe gewährt werden sollte. Auf detailliertere Fragen zu den Begünstigten und den Modalitäten der Finanzhilfen, sind die Antworten jedoch unterschiedlicher ausgefallen.

**«Die Geschichte der Sozialpolitik lehrt uns, dass sich die Gesellschaft jedes Mal dieselben Fragen stellt, wenn Menschen geholfen werden muss: Wem muss zuerst geholfen werden?»**

#### Wem soll geholfen werden?

In unserem Befragungsexperiment haben wir der Stichprobengruppe verschiedene fiktive Personenprofile präsentiert, die alle unter den wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise leiden: Uber-Fahrer\*innen, Friseur\*innen, Zahnärzt\*innen sowie schwarz arbeitende Hausangestellte. Diese Umfrage ergab sehr kontrastreiche Resultate.

Aufgrund früherer Untersuchungen wissen wir, dass Menschen im Allgemeinen aufgrund einer recht begrenzten Anzahl von Kriterien entscheiden, wer staatliche Hilfe «verdient». Mit einigen dieser Kriterien schützt sich eine Gesellschaft vor Profiteur\*innen. So etwa mit dem Kriterium der Notlage (Ist die Person wirklich in Not oder hat sie Alternativen?) oder der Gegenseitigkeit (Leistet die Person einen Beitrag zur Gesellschaft, wenn es ihr möglich ist?). Die von der politischen Ausrichtung unabhängige Bedeutung dieser beiden Kriterien zeigte sich in einer Vielzahl von Studien in Europa und den Vereinigten Staaten. Es handelt sich folglich um Kriterien, die eng mit unserer Vorstellung von Kollektivhilfe verknüpft sind.

Dieselben Studien haben ein weiteres Kriterium aufgezeigt, das bei der Prioritätensetzung von staatlichen Hilfeleistungen zum Tragen kommt: die Nähe zur Person in Not. Wir sind eher geneigt, Menschen zu helfen, mit denen wir uns etwa aufgrund gleicher Wohnregion, gleicher Nationalität oder ethnischer Zugehörigkeit verbunden fühlen. Daher spielt in der Mehrzahl dieser Studien auch die Variable «Nationalität» eine wichtige Rolle, wobei Staatsbürger\*innen im Vergleich zu Ausländer\*innen als eher anspruchsberechtigt betrachtet werden.

Man hätte annehmen können, dass diese Kriterien angesichts der Tragweite der aktuellen Gesundheits- und sozio-ökonomischen Krise an Bedeutung verlieren und die Hilfsbereitschaft bedingungslos wird. Dem ist jedoch nicht so. Unsere Umfrage zeigt, dass all diese Kriterien auch in dieser Krise nach wie vor eine wichtige Rolle spielen.

Die befragten Personen legen erstens grossen Wert auf Gegenseitigkeit und haben daher eine äusserst geringe Toleranz gegenüber Schwarzarbeit (siehe Grafik 1). Nicht gemeldeten Erwerbstätigen wird bei der Vergabe von Finanzhilfen systematisch die niedrigste Priorität eingeräumt, unabhängig davon, ob sie unterstützungspflichtige Kinder haben oder ehrenamtliche Arbeit geleistet haben. Die ehrenamtliche Tätigkeit ist – entkoppelt von der beruflichen Situation – jedoch ein weiterer wichtiger

Faktor. Es wird dadurch deutlich sichtbar, welche Bedeutung dem Kriterium der «Gegenseitigkeit» zukommt. Selbst in einer noch nie dagewesenen Notsituation ist in öffentlichen Kreisen nach wie vor die Angst präsent, dass Profiteur\*innen des Systems sich einen unberechtigten Vorteil verschaffen könnten.

**«Generell fällt auf, dass die Krisensituation offenbar keinen merklichen Einfluss darauf hat, wer als mehr oder weniger anspruchsberechtigt für staatliche Hilfeleistungen eingestuft wird.»**

Es zeigt sich jedoch auch klar, dass Faktoren berücksichtigt werden, die einen höheren Bedarf an Hilfeleistungen begründen, wie etwa unterstützungspflichtige Kinder oder ein\*e arbeitslose\*r Partner\*in. Und schliesslich bestimmt auch der Faktor Nationalität, wem vorrangig geholfen werden soll: Zuerst den Schweizer\*innen, dann den Ausländer\*innen. Allerdings fällt die Nationalität gegenüber den anderen Faktoren weniger stark ins Gewicht. Dennoch hätte man annehmen können, dass die hohe Zahl ausländischer Arbeitskräfte in Schweizer Spitälern die Auffassung, Ausländer\*innen seien weniger anspruchsberechtigt ändern würde.

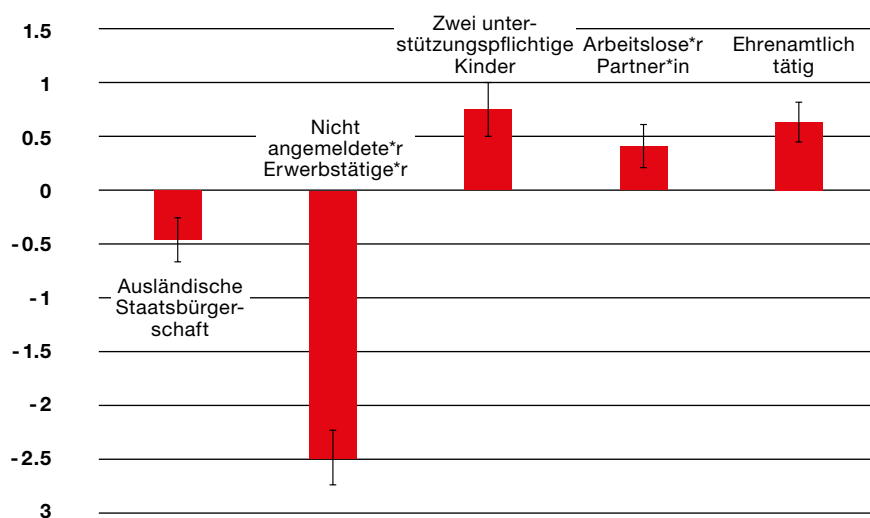
Generell fällt auf, dass die Krisensituation offenbar keinen merklichen Einfluss darauf hat, wer als mehr oder weniger anspruchsberechtigt für staatliche Hilfeleistungen eingestuft wird. Dieses Ergebnis bestätigt die Vermutung, dass solche Auffassungen tief in unserer Vorstellung vom Funktionieren einer Gesellschaft verankert sind.

#### Wie soll geholfen werden?

Im Zentrum der politischen Debatte steht auch die Frage, wie Kleinunternehmen geholfen werden soll. Mit einem Darlehen? Mit einem zinslosen Darlehen? Verschiedene Stimmen sprechen sich für nicht rückzahlbare Geldleistungen aus. Doch was denken die Befragten? Gegenwärtig erfolgt die Hilfeleistung bis zu 500 000 Franken in Form von zinslosen Darlehen, die innerhalb von fünf Jahren (bei Zahlungsschwierigkeiten innerhalb von sieben Jahren) zurückzuzahlen sind.

Diese Lösung scheint auch die von unseren Befragten bevorzugte zu sein: 30,6 % sprechen sich für ein zinsloses Darlehen aus. Die oft genannte Variante einer nicht rückzahlbaren Geldleistung wird immerhin von 24,4 % unterstützt. Unter den übrigen Befragten votieren 24,5 % für Darlehen zu Vorzugszinsen, und der Rest spricht sich für eine nicht so oft diskutierte, aber möglicherweise interessante Lösung aus, bei der ein Darlehen nur dann zurückzuzahlen ist, wenn die Geschäfte wieder gut laufen (18,5 %).

**Abbildung 1: Inwiefern sollten diese Personen staatliche Hilfeleistungen erhalten? Positive oder negative Auswirkung der jeweiligen Eigenschaft auf einer Skala von 0 bis 10**  
Lesebeispiel: Auf einer Skala von 0 bis 10 wird einer Person mit zwei unterstützungspflichtigen Kindern eine um 0,76 Punkte höhere Priorität eingeräumt als einer Person ohne Kinder



Datenquelle: COVID-19 Umfrage, IDHEAP-UNIL

Die verschiedenen Werte sind in Bezug zu setzen zu: (1) einer Person mit Schweizer Staatsbürgerschaft; (2) einer\*em selbstständig erwerbenden und angemeldeten Friseur\*in; (3) einer Person ohne unterstützungspflichtige Kinder; (4) einer Person mit erwerbstätiger\*em Partner\*in; (5) einer Person, die nicht ehrenamtlich tätig ist. Die schwarzen Balken stellen die 95 %-Vertrauensintervalle dar.

**«Im Wesentlichen scheint die Bevölkerung mit den Beschlüssen des Bundesrates einverstanden zu sein: Kleinunternehmen und Selbstständigerwerbenden muss geholfen werden.»**

**Tabelle 1: Wie sollte man Selbstständigerwerbende und Kleinunternehmen (mit max. zwei Mitarbeitenden) unterstützen? Bevorzugte Varianten nach %:**

Zinsloses Darlehen	30,6
Darlehen zu Vorzugszinsen	24,5
Nicht rückzahlbare Geldleistungen	24,4
Geldleistung ist nur dann zurückzuzahlen, wenn die Geschäfte wieder gut laufen	18,5
Keine Hilfe	2,0

Gibt es Unterschiede zwischen den Sprachregionen? Diese fallen kaum ins Gewicht. Erwähnenswert ist nur der Unterschied bei der Variante «nicht rückzahlbare Geldleistungen», die in der Westschweiz (29 %) häufiger bevorzugt wird als in der Deutschschweiz (23 %). Die unterschiedlichen Präferenzen lassen sich auch nicht durch die politische Ausrichtung erklären. Es ist lediglich festzustellen, dass die Variante «nicht rückzahlbare Geldleistungen» unter den politisch mitte-links orientierten Befragten (26 %) etwas mehr Zuspruch findet als bei denjenigen, die sich als politisch rechts einstufen (22 %).

Im Wesentlichen scheint die Bevölkerung mit den Beschlüssen des Bundesrates einverstanden zu sein: Kleinunternehmen und Selbstständigerwerbenden muss geholfen werden. Es gibt jedoch recht ausgeprägte Meinungsunterschiede hinsichtlich der Form der Hilfeleistungen, die sich nicht wie gewohnt

durch Faktoren wie Sprachregion oder politische Ausrichtung erklären lassen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die befragten Personen in diesen aussergewöhnlichen Zeiten zwar solidarisch zeigen möchten, dass sie aber nicht bereit sind, in ihrer Wachsamkeit nachzulassen und sich von potenziellen oder vermeintlichen Profiteur\*innen ausnutzen zu lassen. Auch stereotypische Annahmen in Bezug auf Ausländer\*innen spielen nach wie vor eine Rolle. Die Öffentlichkeit scheint bereit zu sein, denjenigen zu helfen, die in der Vergangenheit Sozialversicherungsbeiträge geleistet haben, nicht aber Schwarzarbeitenden. Die Befragten sind auch damit einverstanden, Selbstständigen Darlehen zu Vorzugskonditionen zu gewähren, aber nicht unbedingt Finanzhilfen in Form von nicht rückzahlbaren Geldleistungen. Selbst in Krisenzeiten kennt die Solidarität klare Grenzen, die nur teilweise rational begründet sind.

## Weiterführende Literatur

Aarøe, Lene and Michael Bang Petersen (2014). Crowding out Culture: Scandinavians and Americans Agree on Social Welfare in the Face of Deservingness Cues. *The Journal of Politics* 76(3), 684–697.

Knotz, Carlo, Mia Ganderberger, Giuliano Bonoli and Flavia Fossati (2020). *R.I.C.E. – An Integrated Model of Welfare Deservingness Perceptions*. Neuchâtel, nccr – on the move: Working Paper #26.

Kootstra, Anouk (2016). Deserving and Undeserving Welfare Claimants in Britain and the Netherlands: Examining the Role of Ethnicity and Migration Status Using a Vignette Experiment. *European Sociological Review* 32(3), 325–339.

Petersen, Michael Bang, Daniel Sznycer, Leda Cosmides, and John Tooby. (2012). Who Deserves Help? Evolutionary Psychology, Social Emotions, and Public Opinion about Welfare. *Political Psychology*, 33(3), 395–418.

van Oorschot, Wim (2000). Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. *Policy and Politics* 28(1), 33–48.



## Gesellschaftliche Integration und Solidarität

### Ein «nccr – on the move»-Projekt

Wohlfahrtstaatliche Instrumente sorgen in Marktwirtschaften für die Umverteilung von Reichtum und die Verringerung von Ungleichheit. Migration und Mobilität haben die europäischen Wohlfahrtsstaaten vor neue Herausforderungen gestellt, was sich an der Entwicklung der öffentlichen Solidaritätsbereitschaft sowie der Sozialgesetzgebung zeigt. Dieses Projekt untersucht den Einfluss des «ethnische Images» von Begünstigten auf den Willen zur Beibehaltung und Entwicklung von Umverteilungsinstrumenten und befasst sich insbesondere mit Umverteilung in multiethnischen Gesellschaften sowie den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf gesellschaftliche «Solidarität».

Dieser Policy Brief präsentiert Ergebnisse einer **aktuellen Umfrage** zu den Hilfeleistungen, die für besonders stark von den wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19 Krise betroffene Personengruppen vorgesehen sind.

Kontakt für kurz und bündig #17: Giuliano Bonoli, Professor, IDHEAP, Universität Lausanne und Projektleiter nccr – on the move, [giuliano.bonoli@unil.ch](mailto:giuliano.bonoli@unil.ch)

Der Nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) «nccr – on the move» erforscht Themen rund um Migration und Mobilität. Dabei setzt er sich zum Ziel, das Zusammenspiel von Migration und Mobilität und damit einhergehenden Phänomenen in der Schweiz und darüber hinaus besser zu verstehen. Er führt Forschung aus den Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften zusammen. Das von der Universität Neuenburg koordinierte Netzwerk umfasst vierzehn Forschungsprojekte an elf Schweizer Hochschulen: Den Universitäten Basel, Genf, Lausanne, Luzern, Neuenburg und Zürich, der ETH Zürich, dem Graduate Institute in Genf, der Fachhochschule Westschweiz sowie der Fachhochschule Nordwestschweiz.

«kurz und bündig» gibt Antworten auf aktuelle Fragestellungen im Bereich der Migration und Mobilität – auf der Grundlage von Forschungsergebnissen, die im Rahmen des «nccr – on the move» erarbeitet worden sind. Die Analysen und Argumente liegen in der Verantwortung der Autor\*innen.

Kontakt für die Serie: Annique Lombard, Verantwortliche Wissenstransfer, [annique.lombard@nccr-onthemove.ch](mailto:annique.lombard@nccr-onthemove.ch)





**nccr →  
on the move**

National Center of Competence in Research –  
The Migration-Mobility Nexus  
[nccr-onthemove.ch](http://nccr-onthemove.ch)

**Giuliano Bonoli, Flavia Fossati,  
Mia Gandenberger, Carlo Knotz**

---

**What form should solidarity take  
during the health crisis?**

**in a nutshell #17, May 2020**



SWISS NATIONAL SCIENCE FOUNDATION

The National Centres of Competence in Research (NCCR)  
are a research instrument of the Swiss National Science Foundation

## Messages for Decision-Makers

**The vast majority of respondents agree with the idea that it is necessary to provide financial support during this difficult period.**

—  
**However, they believe that welfare support should not be unconditional and should favor those who need it most as well as those who have contributed to society, for example by paying taxes and social welfare contributions or by volunteering.**

—  
**In terms of the type of aid, loans are favored over non-repayable grants.**

---

### What is meant by ...

#### ... survey-experiment

This is a technique used to gather people's opinions on sensitive topics where there is an increased risk of people giving socially desirable responses. Instead of direct questions, reference is made to various fictional profiles of people with a number of differences (age, gender, nationality, profession, number of children, status of spouse, voluntary work). This makes it difficult for the respondent to perceive the factors that are being used as a basis for comparison.

#### ... solidarity

Solidarity can be defined as a willingness to help others within a structured framework of rules imposed by a community. This distinguishes it from altruism, which refers to the same willingness to help others but at an individual level. Nowadays, solidarity is primarily exercised via welfare state structures.

**How should those who slip through the social safety net during the Corona crisis be financially supported? In April and May 2020, we interviewed a sample of 1,535 people living in French-speaking and German-speaking Switzerland, representative of the population in terms of age, gender and level of education. We asked their opinion on public support for people such as small business owners or undocumented workers, who have been hit hard by the crisis due to having little or no social welfare protection.**

After several weeks of lockdown, the social consequences of the abrupt disruption to much of the country's economic activity have become visible. At the end of April 2020, Switzerland was shocked to learn that thousands of Genevans were prepared to queue for hours to receive a food parcel containing just 20 CHF worth of food. Within political and media discourse, many people have raised the issue of how the crisis will affect solidarity. Will this exceptional situation lead to greater solidarity towards those most in need?

Switzerland has a social safety net that normally succeeds fairly well in protecting the population in the event of economic downturns, but the health crisis has created need within groups that have so far benefitted little or nothing from social welfare protection: small business owners, parents who can no longer work because they have to take care of their children, workers without secure employment who normally do a number of small jobs to get by but still don't earn enough work to qualify for federal subsidies, and undocumented workers. These are the groups who are currently most at risk of poverty. The Federal Council has therefore adopted measures to provide assistance to some of them.

This situation is completely unprecedented, but when it comes to social policy, history shows that whenever people need help, society always asks the same questions. Who needs help the most? How should we help these people? How do we protect ourselves against free-riders? How we answer these questions gives a picture of a society's sense of solidarity.

To help provide answers, we interviewed a sample of 1,535 people between April 22 and May 4, 2020. This sample is representative of the resident population in

French-speaking and German-speaking Switzerland in terms of age, gender and education level. Overall, there is almost unanimous agreement that small business owners should be helped. Only 2% of our sample believes that no support should be provided. However, as soon as more specific questions were asked about who should receive social support and what form this should take, the responses were more nuanced.

#### Who should receive support?

In a survey-experiment, we presented our sample with a series of profiles of hypothetical people, all affected economically by the health crisis: Uber drivers, hairdressers, dentists and undocumented domestic workers. Our survey revealed very mixed results.

—  
**“The history of social policy shows that whenever people need help, society always asks the same questions: who needs help the most?”**

—  
On the basis of previous research, we know that people's views on who deserves to be helped by the state are generally based on a fairly limited number of criteria. Some of these criteria are used by society to protect itself against free-riders: need (is the person really in need, or does she or he have other options?); reciprocity (does the person contribute to society when she or he is able to?). The importance of these two criteria has been highlighted in a large number of studies carried out in Europe and the United States. They reflect views that are widely held, regardless of a person's political orientation. These criteria are therefore deeply rooted in our understanding of how social support should be attributed.

These same studies have highlighted another criterion that is applied to establish priorities for public assistance: our proximity to the person in need. We are more inclined to help people we perceive as close: people from the same region, of the same nationality, of the same ethnicity. Consequently, in most of these studies, nationality is also a significant variable, with foreign nationals perceived as less deserving than citizens.

One might think that, given the scale of the health and socio-economic crisis we are experiencing, these criteria would become less important. One might imagine that willingness to provide help would, under the circumstances, be unconditional. But this is not the case. Our survey shows that all these factors continue to play a major role, even during this crisis.

First, the respondents attribute great importance to the concept of reciprocity, which means they have very little tolerance for undocumented workers (see Graph 1). Undocumented workers are invariably considered to be the lowest priority when it comes to granting aid. Neither having dependent children, nor working as a volunteer, is enough to outweigh the penalty accorded to undocumented work.

Another important factor, regardless of the employment situation, is volunteering. We can clearly see, in these two cases, the importance of “reciprocity”. Even in an unprecedented situation, there is still a fear among the public of being taken advantage of by people gaming the system.

—  
**“It is striking that the crisis situation has not really affected the way decisions are made about who is more or less deserving of public support.”**  
—

Factors that indicate a greater need for help are also clearly taken into account, such as having dependent children and having a partner who is unemployed. To conclude, nationality remains a factor that is considered when deciding who gets priority: first the Swiss, then foreign nationals. While nationality has less of an impact than the other factors taken into account, it is still noticeable. One might think that seeing a large number of foreign nationals working in Swiss hospitals would have changed people’s perception of foreigners as

being less deserving. More generally, it is striking that the crisis situation has not really affected the way decisions are made about who is more or less deserving of public support. This result confirms the idea that these perceptions are deeply rooted in our understanding of how society functions.

**What kind of social support should be given?**

The question of how to help small businesses is also at the center of the political debate. A loan? An interest-free loan? Many are calling for aid to take the form of non-repayable grants. So, what do the respondents think? Currently, support up to CHF 500,000 comes in the form of interest-free loans to be repaid within 5 years (or within 7 years, in cases of hardship).

This solution also appears to be the one favored by our sample: 30.6% of respondents were in favor of the interest-free loan. The frequently cited option of a non-repayable grant nevertheless won the support of 24.4% of respondents. The remaining opinions were divided between loans with a favorable interest rate (24.5%) and an option that has not been widely discussed but which could work well:

**Graph 1: How much state support should these people be given?**  
**Positive or negative impact of various characteristics, on a scale of 0–10**  
Reading the graph: On a scale of 0 to 10, a person with two dependent children is considered to have a 0.76 point higher priority than a person with no children



Data source: COVID-19 Survey, IDHEAP-UNIL

The different values should be interpreted in relation to: (1) a person of Swiss nationality; (2) a self-employed person working as a hairdresser; (3) a person without dependent children; (4) a person whose spouse is employed; (5) a person who does no volunteer work. The black bars represent the 95% confidence intervals.

—  
**“Overall, the public view seems to be rather well aligned with the Federal Council’s decisions: small businesses and the self-employed should receive social support measures.”**  
—

Table 1: What assistance should be given to the self-employed and small businesses (up to two employees)? Preferred option in %	
Interest-free loan	30.6
Low-interest loan	24.5
Non-repayable grant	24.4
Loan repayable only once business has recovered	18.5
No support	2.0

a loan that is repayable only once business has recovered (18.5%). A comparison of the two linguistic regions does not yield very significant differences. The only one worth mentioning concerns the “non-repayable grant” option, which is viewed more favorably in French-speaking Switzerland (29%) than in German-speaking Switzerland (23%). Neither can the respondents’ preferences be explained based on their political orientation. We merely note that the non-repayable grant finds slightly higher acceptance among respondents from the center-left (26%) than among those calling themselves right-wing (22%).

Overall, the public view seems to be rather well aligned with the Federal Council’s decisions: small businesses and the self-employed should receive social support measures. However, there are some quite marked

differences of opinion as to the form that this support should take – differences which cannot be explained by the usual factors, such as linguistic region or political orientation.

In conclusion, we can say that the respondents were willing to show solidarity during this exceptional period, but they are not willing to lower their guard and they want to continue to protect themselves against people who may try to take advantage of the system. Negative stereotyping of foreigners also continues to play a role. People seem to be willing to help those who have paid their taxes in the past, but not undocumented workers. Respondents also agree about providing low-cost loans to the self-employed, but not necessarily non-repayable grants. Even in times of crisis, solidarity remains constrained by limits that are not entirely rational.

## Further Reading

Aarøe, Lene and Michael Bang Petersen (2014). Crowding out Culture: Scandinavians and Americans Agree on Social Welfare in the Face of Deservingness Cues. *The Journal of Politics* 76(3), 684–697.

Knotz, Carlo, Mia Gandenberger, Giuliano Bonoli and Flavia Fossati (2020). *R.I.C.E. – An Integrated Model of Welfare Deservingness Perceptions*. Neuchâtel, nccr – on the move: Working Paper #26.

Kootstra, Anouk (2016). Deserving and Undeserving Welfare Claimants in Britain and the Netherlands: Examining the Role of Ethnicity and Migration Status Using a Vignette Experiment. *European Sociological Review* 32(3), 325–339.

Petersen, Michael Bang, Daniel Sznycer, Leda Cosmides, and John Tooby. (2012). Who Deserves Help? Evolutionary Psychology, Social Emotions, and Public Opinion about Welfare. *Political Psychology*, 33(3), 395–418.

van Oorschot, Wim (2000). Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. *Policy and Politics* 28(1), 33–48.



## Welfare: Inclusion and Solidarity

### A project of the «nccr – on the move»

The welfare states are the main tool used by market economies to redistribute wealth and reduce inequality. As a result of migration and mobility, European welfare states are facing new challenges. This is reflected by changes in public opinion in terms of willingness to show solidarity and by changes in social legislation. The aim of this project is to understand whether the commitment to maintaining and developing instruments for redistribution of wealth is affected by the ethnicity of the beneficiaries. More specifically, the project is investigating politically acceptable forms of redistribution in multiethnic societies, and how free movement has affected people’s views on solidarity.

This policy brief presents results of a **recent survey** on the financial support provided to those groups of people particularly affected by the economic impact of the COVID-19 crisis.

Contact for in a nutshell #17: Giuliano Bonoli, professor, IDHEAP, University of Lausanne and Project Leader nccr – on the move, [giuliano.bonoli@unil.ch](mailto:giuliano.bonoli@unil.ch)

The nccr – on the move is the National Center of Competence in Research (NCCR) for migration and mobility studies and aims to enhance the understanding of contemporary phenomena related to migration and mobility in Switzerland and beyond. Connecting disciplines, the NCCR brings together research from the social sciences, economics and law. Managed from the University of Neuchâtel, the network comprises fourteen research projects at eleven universities in Switzerland: The Universities of Basel, Geneva, Lausanne, Lucerne, Neuchâtel, Zurich, ETH Zurich, the Graduate Institute Geneva, the University of Applied Sciences and Arts of Western Switzerland, and the University of Applied Sciences and Arts of Northwestern Switzerland.

“in a nutshell” provides answers to current questions on migration and mobility – based on research findings, which have been elaborated within the nccr – on the move. The authors assume responsibility for their analyses and arguments.

Contact for the series: Annique Lombard, Knowledge Transfer Officer, [annique.lombard@nccr-onthemove.ch](mailto:annique.lombard@nccr-onthemove.ch)





**nccr →  
on the move**

National Center of Competence in Research –  
The Migration-Mobility Nexus

[nccr-onthemove.ch](http://nccr-onthemove.ch)

**Giuliano Bonoli, Flavia Fossati,  
Mia Gandenberger, Carlo Knotz**

---

**Quelle solidarité pendant  
la crise sanitaire ?**

**en bref #17, Mai 2020**



SWISS NATIONAL SCIENCE FOUNDATION

The National Centres of Competence in Research (NCCR)  
are a research instrument of the Swiss National Science Foundation

## Messages aux décideuses et décideurs

**La vaste majorité des sondé·e·s sont d'accord avec l'idée de fournir des aides financières dans cette période difficile.**

**Toutefois, elles/ils estiment que l'aide ne doit pas être inconditionnelle et privilégient celles/ceux qui en ont le plus besoin ainsi que celles/ceux qui ont contribué à la société, par exemple parce qu'elles/ils ont payé des cotisations ou fait du bénévolat.**

**En termes de forme de l'aide, le prêt est privilégié par rapport à l'aide à fonds perdu.**

---

### Ce que nous entendons par...

#### ... expérience-sondage

Il s'agit d'une technique utilisée pour récolter des avis sur des thèmes sensibles, où le risque d'obtenir des réponses socialement désirables est élevé. Concrètement, plutôt que de poser des questions de manière directe, on soumet des profils fictifs de personnes qui varient selon plusieurs dimensions (âge, genre, nationalité, profession, nombre d'enfants, situation du conjoint/de la conjointe, activité de bénévolat). De cette manière, la personne interrogée ne peut que difficilement se rendre compte des facteurs qui feront l'objet d'une comparaison.

#### ... solidarité

La notion de solidarité peut être définie comme une disposition à aider autrui dans un cadre structuré par des règles qu'une collectivité décide de s'imposer. Elle se distingue donc de l'altruisme qui fait référence à la même disposition mais au plan purement individuel. De nos jours, l'exercice de la solidarité passe essentiellement par les structures de l'Etat social.

**Comment faut-il aider financièrement les personnes qui passent à travers les mailles du filet de la protection sociale pendant la crise sanitaire due au COVID-19? En avril et mai 2020, nous avons interrogé un échantillon de 1535 personnes résidentes en Suisse romande et Suisse alémanique, représentatif de la population en termes d'âge, genre et niveau de formation. Nous avons récolté leur avis par rapport aux aides publiques à des profils durement touchés par la crise car peu ou pas protégés par l'Etat social, tels que des petit·e·s indépendant·e·s ou des travailleur·euse·s non-déclaré·e·s.**

Après quelques semaines de confinement, les conséquences sociales de l'arrêt soudain d'une grande partie de l'activité économique du pays deviennent visibles. Fin avril 2020, la Suisse a été choquée d'apprendre que des milliers de Genevois·e·s étaient prêt·e·s à patienter pendant des heures pour recevoir un sac contenant de la nourriture pour une valeur de 20 Frs. Beaucoup de personnes, dans le débat médiatique et politique, se sont interrogées au sujet de l'impact de la crise sur la solidarité. Cette situation exceptionnelle amène-t-elle à une plus grande solidarité vis-à-vis des plus démunis·e·s?

La Suisse dispose d'un filet social qui en temps normal réussit assez bien à protéger la population contre les aléas économiques, mais la crise sanitaire a amené dans le besoin des groupes qui ne sont pas ou peu protégés par l'Etat social: les indépendant·e·s, les parents qui ne peuvent plus travailler car ils doivent garder leurs enfants, certains travailleur·euse·s précaires qui en temps normal s'en sortent en cumulant des petits jobs mais qui ne travaillent pas assez pour avoir droit aux aides fédérales, et puis les travailleur·euse·s non déclaré·e·s. Ces profils sont ceux qui se retrouvent le plus exposés au risque de pauvreté aujourd'hui. Le Conseil fédéral a d'ailleurs pris des mesures pour venir en aide à une partie de ces populations.

Cette situation est totalement inédite, mais l'histoire de la politique sociale nous montre qu'à chaque fois qu'il faut aider des populations, la société se pose toujours les mêmes questions: qui doit être aidé en priorité? Comment faut-il aider ces personnes? Comment se protéger des profiteurs? Les réponses que nous donnons collectivement à ces questions définissent les contours de la solidarité dont bénéficie une société.

Pour contribuer à apporter des réponses, nous avons interrogé un échantillon de 1535 personnes entre le 22 avril et le 4 mai 2020. L'échantillon ressemble à la population résidente en

Suisse romande et Suisse alémanique en termes d'âge, genre et niveau de formation. Globalement, l'idée qu'il faut aider les petit·e·s indépendant·e·s fait presque l'unanimité. En effet, seulement 2 % de notre échantillon estime qu'aucune aide ne devrait être allouée. Par contre, dès que des questions plus précises sont posées au sujet des bénéficiaires et des modalités de ces aides, les réponses sont plus contrastées.

#### Qui doit être aidé?

Dans une expérience-sondage, nous avons soumis à notre échantillon une série de profils hypothétiques, tous touchés économiquement par la crise sanitaire: des chauffeur·euse·s Uber, des coiffeur·euse·s, des dentistes et du personnel de maison qui travaille sans être déclaré. Les résultats de notre enquête sont très contrastés.

**«L'histoire de la politique sociale nous montre qu'à chaque fois qu'il faut aider des populations, la société se pose toujours les mêmes questions: qui doit être aidé en priorité?»**

Sur la base de recherches précédentes, nous savons qu'en général les individus décident qui mérite d'être aidé par l'Etat sur la base d'un nombre assez limité de critères. Certains de ces critères servent à une société à se protéger des profiteurs: le besoin (est-ce que la personne est vraiment dans le besoin ou dispose-t-elle d'alternatives?) ou la réciprocité (est-ce que la personne contribue à la société quand elle le peut?). L'importance de ces deux critères a été mise en évidence dans un grand nombre d'études réalisées en Europe et aux Etats-Unis. Ils sont importants indépendamment de l'orientation politique. Ce sont donc des critères profondément ancrés dans notre manière de concevoir une aide collective.

Ces mêmes études ont mis en évidence un autre critère qui est appliqué pour établir des priorités en matière d'aides publiques. La proximité avec la personne dans le besoin : nous sommes plus enclins à venir en aide à des personnes que nous percevons comme proches : même région, même nationalité, même groupe ethnique. Par conséquent, dans la plupart de ces études, la variable nationalité joue aussi un rôle important, les étranger·ère·s étant considéré·e·s comme moins méritant·e·s que les citoyen·ne·s.

On aurait pu imaginer que face à l'ampleur de la crise sanitaire et socio-économique que nous vivons, ces critères perdent de l'importance. On aurait pu imaginer que la disponibilité à aider devienne inconditionnelle. En réalité, ce n'est pas le cas. Notre sondage montre que tous ces facteurs continuent à jouer un rôle important aussi pendant cette crise.

Premièrement, les personnes interrogées attribuent une grande importance à la notion de réciprocité. Ainsi, elles sont très peu tolérantes vis-à-vis du travail au noir (cf. Graphique 1). Les profils de travailleur·euse·s non déclaré·e·s sont systématiquement considéré·e·s comme les moins prioritaires dans l'attribution d'aides. Ni le fait d'avoir des enfants à charge, ni le fait de s'être engagé comme bénévole ne permettent de

compenser la pénalité que subissent les travailleur·euse·s au noir. Un autre facteur important, indépendamment de la situation professionnelle, est le fait de faire du bénévolat. On voit bien, dans ces deux cas, l'importance du critère « réciprocité ». Même dans une situation d'urgence inédite, la peur de « se faire avoir » par des profiteurs du système reste bien présente dans l'opinion publique.

—  
**« Il est frappant de constater que la situation de crise n'a pas vraiment eu d'impact sur la manière de décider qui est plus ou moins méritant de l'aide publique. »**  
 —

Les facteurs qui démontrent un plus grand besoin de recevoir des aides sont aussi clairement pris en compte, comme le fait d'avoir des enfants à charge et d'avoir un·e partenaire qui se trouve sans travail. Et pour conclure, la nationalité reste un facteur qui est pris en compte pour décider de qui aider en priorité. Les Suisse·sse·s d'abord, les étranger·ère·s ensuite. L'impact de la nationalité est toutefois moindre par rapport à celui des autres facteurs pris en considération, mais reste visible. Pourtant, on aurait pu imaginer que le fait d'avoir vu

un personnel étranger nombreux dans les hôpitaux aurait changé la perception que les individus ont des étranger·ère·s comme étant moins méritants. De manière plus générale, il est frappant de constater que la situation de crise n'a pas vraiment eu d'impact sur la manière de décider qui est plus ou moins méritant de l'aide publique. Ce résultat confirme l'idée que ces perceptions sont profondément ancrées dans notre manière de concevoir le fonctionnement d'une société.

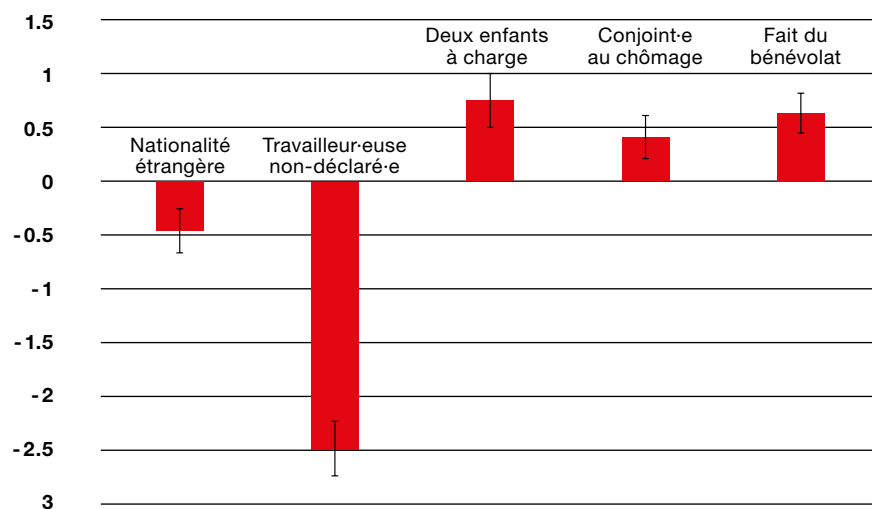
#### Comment aider ?

La question de savoir comment aider les petites entreprises est aussi au centre du débat politique. Un prêt ? Un prêt sans intérêts ? Plusieurs voix demandent que les aides deviennent des paiements à fonds perdu. Qu'en pensent les personnes interrogées ? Actuellement, les aides jusqu'à 500 000 Frs prennent la forme de prêts sans intérêts à rembourser dans les 5 ans (en cas de difficultés, dans les 7 ans).

Cette solution paraît aussi être celle privilégiée par notre échantillon : 30.6 % des personnes interrogées préfèrent le prêt sans intérêts. La variante souvent évoquée d'un paiement à fonds perdu obtient néanmoins le soutien de 24.4 % des personnes interrogées. Le reste des opinions se répartit entre des prêts avec un taux d'intérêt de faveur (24.5 %) et une variante qui n'a pas été tellement

**Graphique 1 : Dans quelle mesure ces personnes devraient-elles bénéficier d'une aide de l'État ? Impact positif ou négatif de différentes caractéristiques, échelle de 0-10**

Exemple de lecture : sur une échelle de 0 à 10, une personne avec deux enfants à charge est considérée 0.76 point plus prioritaire par rapport à une personne sans enfants



Source : Sondage COVID-19, IDHEAP-UNIL

Les différentes valeurs doivent être interprétées par rapport à : (1) une personne de nationalité suisse ; (2) à un·e indépendant·e déclaré·e actif·ve comme coiffeur·euse ; (3) à une personne sans enfants à charge ; (4) à une personne dont le/la conjoint·e est salarié·e ; (5) à une personne qui ne fait pas de bénévolat. Les barres noires représentent les intervalles de confiance à 95 %

—  
**« Globalement les Suisse·sse·s semblent donc être assez en phase avec les décisions du Conseil fédéral : les petites entreprises et les indépendants doivent être aidés. »**  
 —

**Tableau 1 : Comment faudrait-il aider indépendant·e·s et petites entreprises (max. 2 employé·e·s) ? Option préférée en %**

Prêt sans intérêt	30.6
Prêt avec un faible taux d'intérêt	24.5
Paiement à fonds perdu	24.4
Paiement remboursable seulement si les affaires auront retrouvé un bon niveau	18.5
Aucune aide	2.0

discutée mais qui pourrait être intéressante : celle d'un prêt remboursable seulement lorsque les affaires retrouvent un bon niveau (18.5 %). Y a-t-il des différences par région linguistique ? Celles-ci ne sont pas très importantes. La seule qui mérite d'être relevée concerne la variante « paiement à fonds perdu », qui est plus souvent considérée comme prioritaire en Suisse romande (29 %) qu'en Suisse alémanique (23 %). L'orientation politique n'explique pas non plus ces préférences. On constate juste que le paiement à fonds perdu est légèrement mieux accepté par les répondants de centre-gauche (26 %) que par les personnes qui se disent de droite (22 %).

Globalement la population semble donc être assez en phase avec les décisions du Conseil fédéral : les petites entreprises et les indépendants doivent être aidés. Il y a par contre des différences d'opinion assez marquées quant à la

forme que l'aide devrait prendre qui ne s'expliquent pas par les facteurs habituels, à savoir la région linguistique ou l'orientation politique.

En conclusion, on peut dire que les personnes interrogées veulent bien être solidaires dans cette période exceptionnelle, mais qu'elles ne sont toutefois pas prêtes à baisser la garde et veulent continuer à se protéger des profiteurs potentiels ou imaginaires. Des stéréotypes anti-étrangers continuent également à jouer un rôle. La population semble être d'accord d'aider celles et ceux qui ont cotisé dans le passé, mais pas les travailleur-euse-s non déclaré-e-s. Les personnes interrogées sont également d'accord de fournir des prêts avantageux aux petits indépendant-e-s, mais pas forcément des aides à fonds perdu. Même en temps de crise, la solidarité reste bien encadrée par des limites qui sont seulement en partie rationnelles.

## Lectures complémentaires

Aarøe, Lene and Michael Bang Petersen (2014). Crowding out Culture: Scandinavians and Americans Agree on Social Welfare in the Face of Deservingness Cues. *The Journal of Politics* 76(3), 684–697.

Knotz, Carlo, Mia Ganderberger, Giuliano Bonoli and Flavia Fossati (2020). *R.I.C.E. – An Integrated Model of Welfare Deservingness Perceptions*. Neuchâtel, nccr – on the move: Working Paper #26.

Kootstra, Anouk (2016). Deserving and Undeserving Welfare Claimants in Britain and the Netherlands: Examining the Role of Ethnicity and Migration Status Using a Vignette Experiment. *European Sociological Review* 32(3), 325–339.

Petersen, Michael Bang, Daniel Sznycer, Leda Cosmides, and John Tooby. (2012). Who Deserves Help? Evolutionary Psychology, Social Emotions, and Public Opinion about Welfare. *Political Psychology*, 33(3), 395–418.

van Oorschot, Wim (2000). Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. *Policy and Politics* 28(1), 33–48.



## Inclusion sociale et solidarité

### Projet du «nccr – on the move»

Les États providence sont le principal outil utilisé par les économies de marché pour redistribuer les richesses et réduire les inégalités. Les migrations et la mobilité ont placé les États providence européens face à de nouveaux défis. Cela est visible dans l'évolution de l'opinion publique en matière de disposition à être solidaire et dans l'évolution de la législation sociale. Ce projet vise à comprendre si la volonté de maintenir et de développer des instruments de redistribution est affectée par les images ethniques des bénéficiaires. Plus précisément, le projet s'intéresse aux formes de redistribution politiquement acceptables dans les sociétés multiethniques, et à l'impact de la libre circulation sur les points de vue en matière de solidarité.

Cette publication présente les résultats d'une **enquête récente** sur les aides financières à fournir aux groupes particulièrement touchés par l'impact économique de la crise COVID-19.

Contact pour en bref #17: Giuliano Bonoli, professeur, IDHEAP, Université de Lausanne et chef de projet «nccr – on the move», [giuliano.bonoli@unil.ch](mailto:giuliano.bonoli@unil.ch)

Le «nccr – on the move» est le Pôle de recherche national (PRN) consacré aux études sur la migration et la mobilité. Il s'est donné pour objectif de mieux comprendre l'interaction entre migration et mobilité et les phénomènes qui y sont liés en Suisse et au-delà. Il réunit des domaines de recherche relevant des sciences sociales, de l'économie et du droit. Géré par l'Université de Neuchâtel, le réseau inclut quatorze projets de recherche de onze universités suisses, soit les Universités de Bâle, Genève, Lausanne, Lucerne, Neuchâtel et Zurich, ainsi que l'EPF de Zurich, le Graduate Institute de Genève, la Haute Ecole Spécialisée de Suisse occidentale et la Haute Ecole Spécialisée du nord-ouest de la Suisse.

«en bref» fournit des réponses à des questions actuelles dans le domaine des migrations et de la mobilité – sur la base des résultats de la recherche qui ont été élaborés dans le cadre du «nccr – on the move». Les auteur-e-s assument la responsabilité de leurs analyses et leurs arguments.

Contact pour la série: Annique Lombard, responsable du transfert de connaissances, [annique.lombard@nccr-onthemove.ch](mailto:annique.lombard@nccr-onthemove.ch)